

EU-Nachrichten

 07
2016

KURZ & KNAPP

Europäische Sicherheitsagenda 3

Gemeinwohl über Einzelinteressen stellen

IM FOKUS

Digitalisierung der Industrie 4

Die Vision von einer europäischen Cloud

Europawoche 2016 6

Vom Straßenfest bis zur Multimediaschau

Die nächste Ausgabe der EU-Nachrichten erscheint am 13. Mai 2016.

PKW-MAUT

Deutschland droht Klage wegen Diskriminierung

Das wegen der geplanten Pkw-Maut gegen Deutschland laufende EU-Vertragsverletzungsverfahren wird verschärft. Das hat die EU-Kommission entschieden. Wenn die Bundesregierung die als diskriminierend gegenüber EU-Ausländern eingestuften Vorschriften im Maut-Gesetz nicht innerhalb von zwei Monaten ändert, kann die Kommission beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) klagen.

Zwei diskriminierende Elemente werden in dem deutschen Gesetz bemängelt: Zum einen würden Halter von in Deutschland zugelassenen Pkw von der Straßennutzungsgebühr de facto ausgenommen, weil ihre Kfz-Steuer in gleicher Höhe gesenkt wird. Zum anderen seien Kurzzeitvignetten, die typischerweise von ausländischen Nutzern gekauft würden, überproportional teuer. Auf zahlreiche Vorschläge, wie die PKW-Maut EU-konform gestaltet werden könnte, sei die Bundesregierung nicht eingegangen, so die Kommission.

Klage wegen geplanter Pkw-Maut



Mobilfunkkunden des Google-Betriebssystems Android sollen bei den Apps frei zwischen verschiedenen Anbietern wählen können.

BEDINGUNGEN FÜR ANDROID-GERÄTE

Google mit Kartellvorwürfen konfrontiert

Die Europäische Kommission will verhindern, dass die starke Stellung des US-Internetkonzerns Google in der mobilen Kommunikation zu Lasten von Verbrauchern und Technologieunternehmen in der EU geht. Sie hat nun ein weiteres Kartellverfahren gegen Google eingeleitet. Die seit einem Jahr geführten Untersuchungen gäben Anlass zu der Vermutung, dass der Konzern seine marktbeherrschende Stellung mit restriktiven Lizenzpraktiken missbraucht, indem er Herstellern von Android-Geräten und Mobilfunknetzbetreibern Beschränkungen auferlegt, sagte EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager.

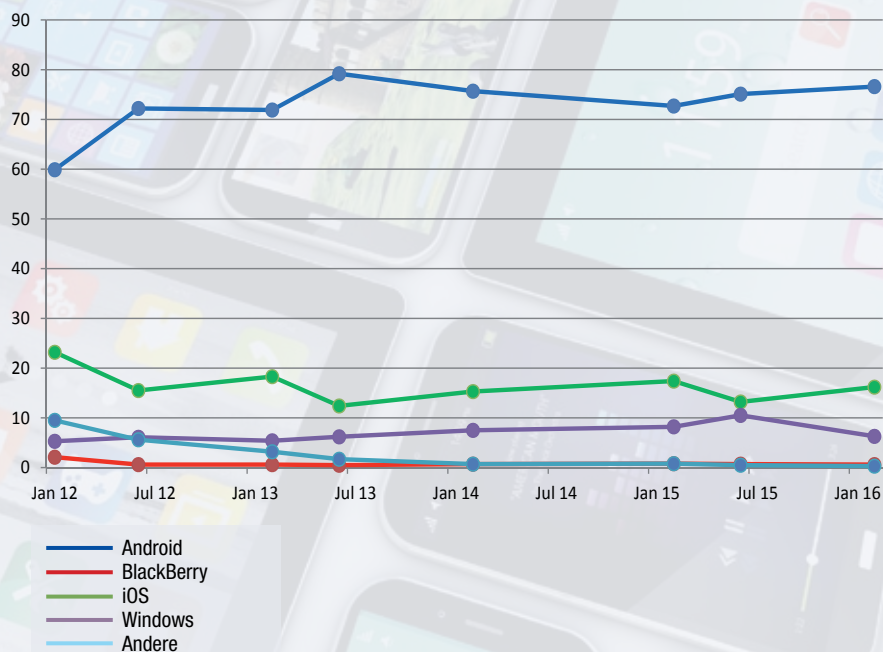
> „Unsere bisherigen Ermittlungen lassen darauf schließen, dass Google durch sein Verhalten den Verbrauchern eine größere Auswahl an mobilen Anwendungen und Dienstleistungen vorenthält, Innovationen anderer Unternehmen bremst und damit gegen die EU-Kartellvorschriften verstößt“, erklärte die Dänin. Die Kommission habe Google ihre Beschwerdepunkte dargelegt. Der Konzern hat zwölf Wochen Zeit, um auf die Vorwürfe zu reagieren. Der Anteil Googles am Markt für lizenzpflichtige Betriebssysteme liegt im Europäischen Wirtschaftsraum

laut Kommission bei über 90 Prozent. Android werde auf praktisch allen Smartphones und Tablets des unteren Preissegments verwendet.

Die Kommission wirft Google nun vor, Hersteller, die aus kommerziellen Gründen den Play Store von Google auf ihren Geräten vorinstallieren wollen, dazu zu verpflichten, die Google-Suchmaschine als Standardsuchdienst festzulegen, und wer beides einrichten wolle, müsse auch noch den Internetbrowser Google Chrome vorinstallieren. >>

ENTWICKLUNG VON MARKTANTEILEN IN DEUTSCHLAND

Marktanteile von Betriebssystemen für mobile Telekommunikationsgeräte in Prozent



Bilder: Shutterstock

Quellen: Kantar Worldpanel

>> Über den Play Store vertreibt Google Anwendungsprogramme (Apps) für Smartphones und Tabletcomputer, Musik, elektronische Bücher, Filme, Serien und digitale Zeitschriften. Es gibt kostenlose Angebote und solche, für die bezahlt werden muss. Konkurrenten, die ähnliche Shops, Suchmaschinen oder Webbrowser anbieten, hätten kaum eine Chance, da die Untersuchung auch gezeigt habe, dass Verbraucher nur selten Anwendungen mit derselben Funktion wie die vorinstallierten herunterladen, so die Kommission.

Sie wirft dem Internetkonzern auch vor, Herstellern, die Play Store oder Google-Suche vorinstallieren wollen, den Verkauf von Geräten mit konkurrierenden Betriebssystemen, die sich auf den offenen Android-Quellcode stützen, zu verbieten. Obendrein biete Google Herstellern und Betreibern von Mobilfunknetzen finanzielle Anreize, wenn sie ausschließlich die Google-Suche auf ihren Geräten vorinstallierten. Die Frage, um welche Beträge es sich dabei handelt, beantwortete Vestager nicht. Auch der den Wettbewerbern entstehende Schaden sei schwer zu beziffern, sagte sie und fügte hinzu, am meisten Sorge bereite ihr, dass aufgrund der Google-Geschäftspraxis auch Innovationen behindert würden.

Konkurrenten werden ausgebremst

Zum Beispiel werde die Verbesserung des Betriebssystems Android gebremst. Dieses ist laut Kommission ein System mit offenem Quellcode, das heißt, jeder Programmierer kann sehen, wie Android aufgebaut ist und das Betriebssystem weiterentwickeln, um mobile Kommunikationsgeräte damit auszurüsten. Die Kommission hat Beweise dafür gefunden, dass die Auflagen von Google Hersteller daran gehindert haben, ihre Geräte mit solchen verbesserten Android-Betriebssystemen auszurüsten, die das Zeug haben, zu einer ernst zu nehmenden Alternative zu Googles eigenem System zu werden.

Das Kartellverfahren erstreckt sich auch auf die Muttergesellschaft von Google, die Alphabet Inc., die nach Einleitung der Untersuchung im April 2015 gegründet worden ist. Die Unternehmen können nun die Akten einsehen, sich schriftlich dazu äußern und eine mündliche Anhörung beantragen, in der sie die Beschwerden mit der EU-Kommission und nationalen Wettbewerbsbehörden besprechen. Erst wenn Google und Alphabet ihre Verteidigungsrechte wahrgenommen haben, wird die Kommission abschließend beurteilen, ob und wie sie gegen EU-Kartellrecht

verstoßen haben. In diesem Fall könnten am Ende Geldstrafen in Höhe von bis zu 10 Prozent der Jahreseinnahmen verhängt werden, die sich bei Google auf rund 7 Mrd. US-Dollar belaufen.

Es läuft noch eine weitere kartellrechtliche Untersuchung der Kommission gegen Google. Darin geht es um den Vorwurf, dass der Konzern bei den Ergebnissen seiner Suchmaschine die eigenen Preisvergleich-Seiten bevorzugt angezeigt haben soll. Außerdem wird untersucht, inwiefern Google die Inhalte fremder Webseiten zum Teil kopiert und für seine eigenen Online-Dienste nutzt (das so genannte „Scraping“), und es geht um Exklusivwerbung und übermäßige Beschränkungen für werbende Unternehmen. Die Kommission befragt zum Beispiel Unternehmen zu ihren Anzeigengeschäften mit Google.

Konkurrenz positiv für Datenschutz

Der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) begrüßte, dass die EU-Kommission fairen Wettbewerb und eine größere Wahlfreiheit für Verbraucher und Gerätehersteller garantieren wolle. Auch im Hinblick auf den Datenschutz finden die Verbraucherschützer das Kartellverfahren positiv. „Google verdient sein Geld mit dem Sammeln und Vermarkten von Nutzerdaten“, sagte Miika Blinn, Referent im Team Digitales und Medien beim vzbv. „Diese Sammlung erfolgt zunehmend über mobile Geräte, ihre Betriebssysteme und Apps. Es besteht die Gefahr, dass Google seine populären Apps und Android nutzt, um sich einen möglichst exklusiven Zugang zu Nutzerdaten auch bei mobilen Geräten zu sichern und dabei die Entwicklung und Verbreitung datensparsamer, nutzerfreundlicherer Alternativen ausbremst“, so Blinn. (frh/ste) >

EU-Kartellverfahren gegen Google

In Deutschland weit verbreitet

80 Prozent der Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland nutzen laut Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) Smartphones mit dem Betriebssystem Android. Dabei hätten sie in den vergangenen Jahren von sinkenden Preisen für Android-Smartphones und einer Vielzahl an Apps profitiert, die auf Android laufen.

EUROPÄISCHE SICHERHEITSAGENDA

Das Gemeinwohl über Einzelinteressen stellen

Die Mitgliedstaaten und ihre Strafverfolgungsbehörden müssen in Sicherheitsfragen eng mit den EU-Agenturen zusammenarbeiten. Ohne ein gemeinsames Konzept auf EU-Ebene können länderübergreifende Bedrohungen wie der Terrorismus nicht effizient angegangen werden, heißt es in einer Bilanz zur Umsetzung der Europäischen Sicherheitsagenda. Der Erste Vizepräsident Frans Timmermans (Foto, links) sagte, dass Terrorismus keine Grenzen kenne. Die Zuständigkeit für die innere Sicherheit liege bei den nationalen Behörden. Diese müssen allerdings nahtlos zusammenarbeiten können, um Terrorismus zu verhindern und Täter aufzuspüren.

„Den geeigneten Rahmen und die Instrumente dafür kann und muss die EU bereitstellen, der entscheidende Unterschied wird jedoch sein, wie die Mitgliedstaaten diese Instrumente nutzen“, betonte Timmermans. EU-Kommissar Dimitris Avramopoulos, zuständig für Migration, Inneres

und Bürgerschaft, erklärte: „Die innere Sicherheit eines Mitgliedstaats ist die innere Sicherheit aller Mitgliedstaaten. Fehlendes Gemeinschaftsdenken macht uns angreifbar. Terroristen und Straftäter nutzen dies eiskalt aus, wie die jüngsten Terroranschläge in mehreren Mitgliedstaaten gezeigt haben. Wir müssen das Gemeinwohl über Einzelinteressen stellen und unsere Zusagen in die Tat umsetzen, um eine echte EU-Sicherheitsunion zu erreichen.“ Zu den Maßnahmen gehören u.a. ein verbesserter Informationsaustausch, die Stärkung des Europäischen Zentrums zur Terrorismusbekämpfung sowie Terroristen den Zugang zu Finanzmitteln zu verwehren.

■ *EU-Sicherheitsagenda*



ZUKUNFT DER ARKTIS

Leitlinien für europäische Politik vorgelegt

Die EU will helfen, die Arktis vor den Folgen des Klimawandels zu schützen, eine nachhaltige Bewirtschaftung des Gebietes rund um den Nordpol zu garantieren und die Zusammenarbeit der Arktis-Anrainer zu verbessern. Das sind zentrale Bestandteile einer überarbeiteten EU-Arktisstrategie, die von der EU-Kommission vorgeschlagen wurde. Ganz wichtig sei Naturschutz in dieser für das Weltklima so wichtigen Region, heißt es. Die EU finanziert etwa die Arktisforschung mit rund 20 Mio. Euro pro Jahr.

Mit dem Schmelzen des Meereises steigt aber auch das Interesse an Schifffahrt, Fischerei und Nutzung von Bodenschätzen. Nicht nur bei den Anrainern – darunter die EU-Staaten Finnland, Dänemark und Schweden – sondern auch in Ländern wie China, Indien und Japan, sagte die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini. Die EU will sich im Dialog mit allen für eine behutsame Nutzung einsetzen. „Es handelt sich um eine Region von immenser ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Bedeutung für uns alle“, so Mogherini. Die Arktis-Politik sei ein Beispiel für gelungene internationale Zusammenarbeit, das schließe auch die Kooperation mit Russland ein. Im Arktischen Rat, einem Forum der Anrainerstaaten zur regionalen Kooperation, bemüht sich die EU weiter um einen Beobachterstatus. Einige nicht-arktische EU-Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, haben diesen Status.

■ *Europäische Arktisstrategie*

ZU VIEL NITRAT IM GRUNDWASSER

Deutschland muss sich vor dem EuGH verantworten

In Deutschland wird nach Ansicht der EU-Kommission nach wie vor zu wenig getan, um Gewässer vor der Belastung durch zu viel Nitrat zu schützen. Das schreibt das geltende EU-Umweltrecht aber vor. Weil die Bundesregierung auch nach einem im Oktober 2013 eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren nicht zur Zufriedenheit der Kommission reagiert hat, reicht diese nun Klage beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) ein. Nitrate sind für das Wachstum von Pflanzen erforderlich und werden häufig als Düngemittel eingesetzt. Zu große Mengen können jedoch Gewässern schaden, etwa weil sie das Wachstum von Algen fördern, die anderes Leben ersticken (Eutrophierung). In Deutschland nimmt die Nitratbelastung von Grund- und Oberflächengewässern, etwa auch in der Ostsee, weiter zu. Das haben der Kommission zufolge neue Berichte deutscher Behörden noch einmal bestätigt.

Laut Kommission ist in Deutschland die Düngemittelverordnung das Hauptinstrument zur Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie. Deren Vorgaben und Grenzwerte würden jedoch bisher klar verfehlt. Die zuständigen Behörden seien nicht ausreichend tätig geworden, um das zu ändern. Auch bei der laufenden Überarbeitung des nationalen Aktionsprogramms zeichne sich keine Besserung ab, so die Kommission.

■ *Nitratbelastung des Grundwassers*

NEUE REGELN FÜR EISENBAHNEN

Bessere Qualität durch mehr Wettbewerb

Ab Dezember 2019 sollen die letzten Schranken auf den Märkten für Personenzugverkehr in der EU fallen. So sieht es ein 2013 von der EU-Kommission vorgeschlagenes Gesetzespaket vor, auf dessen Text sich Unterhändler von Europäischem Parlament und Ministerrat nun geeinigt haben. Alle EU-Bahnunternehmen können dann auch in anderen Mitgliedstaaten inländische Strecken bedienen. Außerdem werden in den sechs Rechtstexten die Ausschreibung öffentlicher Dienstleistungsaufträge, Bedingungen für staatliche Beihilfen, die Rolle der EU-Eisenbahngesetzgebung, die Interoperabilität des Eisenbahnsystems sowie die Eisenbahnsicherheit neu geregelt.

Die EU-Kommission verspricht sich durch die neuen Vorgaben günstigere Tickets, mehr Zugverbindungen, besseren Service und mehr Innovation. „Im Eisenbahnsektor gab es viel zu lange keine Anreize dafür, den Bedürfnissen der Fahrgäste besser Rechnung zu tragen. Daher ist der Marktanteil der Eisenbahn stetig zurückgegangen“, sagte EU-Verkehrskommissarin Violeta Bulc. Eine schrittweise Marktöffnung werde nicht nur die Leistungen der Schienenverkehrsdienste verbessern, sondern auch für neue Investitionsmöglichkeiten sorgen und die Schaffung von Arbeitsplätzen fördern. Die neuen Vorgaben dürften mehr Menschen motivieren, öfter Bahn zu fahren, was auch dem Klimaschutz diene.

■ *Mehr Qualität für Bahn-Fahrgäste*

Europäische Cloud und gemeinsame Standards angestrebt



Veränderungen in der Industrie durch die Digitalisierung waren auch ein Schwerpunkt bei der diesjährigen Hannover Messe.

> Die dafür notwendigen Technologien müssten so gefördert werden, „dass wir deren Potenzial voll ausschöpfen“, sagte Ansip. „Viele europäische Unternehmen sind äußerst wettbewerbsfähig und in wichtigen Sektoren auch weltweit führend“, so Günther Oettinger, EU-Kommissar für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft. „Europa kann seine führende Rolle aber nur behaupten, wenn sich die Unternehmen erfolgreich und rasch der Digitalisierung öffnen.“ Einige Mitgliedstaaten hätten zwar bereits entsprechende Strategien zur Unterstützung ihrer Industrie entwickelt, doch ohne ein einheitliches Konzept drohe eine Zersplitterung der Märkte.

Die Kommission erwartet, dass mit ihren Vorschlägen über einen Zeitraum von fünf Jahren 50 Mrd. Euro an öffentlichen und privaten Investitionen mobilisiert werden. Sie will sich dafür einsetzen, dass zur Realisierung von Projekten die Mittel aus den EU-Struktur- und Investitionsfonds und dem Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFIS) sowie die Chancen von öffentlich-privaten Partnerschaften genutzt werden. Zum Kern der Kommissionsstrategie gehören unter anderem:

- > 500 Mio. Euro sollen in den Aufbau eines Netzes von Technologie-Exzellenzzentren („Digital Innovation Hubs“) investiert werden. Dort können Unternehmen digitale Innovationen testen und sich von Experten beraten lassen.
- > Mit großen Pilotprojekten sollen Technologien gefördert werden, die für das Internet der Dinge, moderne Fertigungstechnik und Technologien in den Bereichen intelligente

Städte und Häuser, vernetzte Fahrzeuge und mobile Gesundheitsdienste benötigt werden.

- > Zukunftsweisende Rechtsvorschriften verabschieden, die den freien Datenfluss unterstützen und für klare Eigentumsverhältnisse sorgen, wenn es um die Daten geht, die durch Sensoren und intelligente Geräten generiert werden. Darüber hinaus wird die Kommission auch Sicherheits- und Haftungsregeln vorschlagen.
- > Die Mitgliedstaaten sollen dabei unterstützt werden, den Menschen Aus- und Fortbildungen anzubieten, die sie für die Arbeit im digitalen Zeitalter fit machen.

Damit Computer, Sensoren und Smartphones unabhängig von Herstellern, Herkunftsland und technischen Merkmalen miteinander kommunizieren können, sind internationale Normen ein Großprojekt der Kommission. Dabei will sie mit einschlägigen nationalen Netzwerken wie „Industrie 4.0“ in Deutschland kooperieren. In dessen Rahmen haben Branchenverbände gerade den „Standardization Council Industrie 4.0“ gegründet. „Wir werden Sektor für Sektor prüfen, wo durch Standardisierung und Projektfinanzierung ein europäischer Mehrwert geschaffen werden kann“, sagte Oettinger, der die Kommissionspläne auf der Hannover Messe vorstellte.

Neue Großrechner entwickeln

Ein vorrangiges Ziel der Kommission ist der Aufbau einer europäischen „Cloud für offene Wissenschaft“, um die gewaltigen Datenmengen, die Tag für Tag von Wissenschaftlern generiert werden, nutzen zu können. Ab 2018 ist zudem eine Quantentechnologie-Initiative zur

Eine europäische Cloud, ein EU-Netz von Technologie-Exzellenzzentren, gemeinsame Standards für vernetzte Geräte und miteinander kommunizierende Maschinen – die Europäische Kommission hat ihre Vision davon präsentiert, wie sich die Industrie auf den digitalen Binnenmarkt einstellen und seine Chancen nutzen sollte. „Die industrielle Revolution unserer Zeit ist digital“, sagte der für das Thema zuständige Vizepräsident der EU-Kommission Andrus Ansip. Vor allem traditionelle Sektoren wie die Baubranche, die Agro- und Ernährungswissenschaften, die Textil- oder die Stahlbranche sowie der Mittelstand haben nach Einschätzung der Kommission Nachholbedarf bei der Digitalisierung.

Entwicklung der nächsten Generation von Hochleistungsrechnern geplant. Europa sei bei Großrechnern nicht mehr führend, beklagte Oettinger. Auf der weltweiten Top-Ten-Liste stehe nur noch das Forschungszentrum in Jülich auf Platz neun.

Die Industrie reagierte überwiegend positiv auf die Strategie der Kommission. Sie setze „die richtigen Prioritäten“, so der europäische Dachverband BusinessEurope. „Unsere Unternehmen brauchen einen Binnenmarkt für Industrie 4.0, um digitale Technologien europaweit entwickeln und anwenden zu können“, sagte Thilo Brodtmann, Hauptgeschäftsführer des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbauer. (ste/frh) >

Den Weg zur Digitalisierung ebnen

Auch der öffentliche Dienst ist gefordert

„Da viele Unternehmen den gesamten Binnenmarkt nutzen wollen, sollten die öffentlichen Verwaltungen mit dem Bedarf an elektronischen Dienstleistungen Schritt halten – indem sie Dienste anbieten, die digital, offen zugänglich und grenzübergreifend angelegt sind“, sagte Kommissionsvizepräsident Ansip. Die Kommission schlägt unter anderem vor, alle Unternehmens- und Insolvenzregister zu verknüpfen. Ferner regt sie grenzüberschreitende elektronische Gesundheitsdienste an und einen beschleunigten Übergang zur elektronischen Auftragsvergabe und zu E-Signaturen.

REDE VON US-PRÄSIDENT OBAMA

Europäische Werte in der Welt unverzichtbar

Die Werte, die Grundlage der Europäischen Union bilden – Offenheit für und Respekt vor anderen, friedliches Zusammenarbeiten und Handeln über Grenzen hinweg, Demokratie und Solidarität –, sind nach Ansicht von US-Präsident Barack Obama die Werte, die in der aktuellen unsicheren weltpolitischen Lage mehr denn je gefragt sind. Bei seinem Besuch in Deutschland auf der Hannover Messe erinnerte Obama die Europäer in einer eindringlichen Rede daran, wie viel sie durch Überwindung von Krieg und Diktaturen und die Erarbeitung von Wohlstand schon zu einer friedlichen und stabilen Welt beigetragen haben. „Ein vereintes Europa – einst der Traum einiger weniger – bleibt Hoffnung für viele und eine Notwendigkeit für uns alle“, sagte Obama in Erinnerung an Worte des ehemaligen Bundeskanzlers Konrad Adenauer.



US-Präsident Obama ermutigte die Europäer in Hannover, auf die Errungenschaften der europäischen Integration aufzubauen.

> Die USA und die ganze Weltgemeinschaft brauchten ein „starkes, wohlhabendes, demokratisches und vereintes Europa“. Das sei etwa wichtig für die globale Sicherheitspolitik, die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, die Bewahrung von Freiheit, für die gerechtere Verteilung von Wohlstand in der Welt und die Bekämpfung von Steuerflucht, zählte der US-Präsident auf. All das sei nur durch Offenheit, Kooperation und unter Beachtung der Ideale, die zuerst Europa „erleuchtet“ hätten, zu erreichen.

Größte Errungenschaft der Moderne

„Vielleicht brauchen Sie einen Außenseiter, jemand der kein Europäer ist, um Sie an die Größe dessen zu erinnern, was Sie erreicht haben“, sagte Obama. „Ihre Leistung – über 500 Millionen Menschen, die 24 Sprachen sprechen, in 28 Ländern, davon 19 mit einer gemeinsamen Währung, vereint in einer Europäischen Union – bleibt eine der größten politischen und wirtschaftlichen Errungenschaften der modernen Geschichte.“

Obama erinnerte daran, dass diese Errungenschaften nicht als selbstverständlich angesehen werden dürften. Frieden und Lebensqualität in Europa seien weltweit so attraktiv, dass viele Menschen bereit seien, durch Wüsten zu laufen und auf Schlauchbooten unter Lebensgefahr über das Meer zu fahren, um ihren Kindern die gleichen Chancen zu geben. In unsicheren Zeiten sei es vielleicht ein menschlicher Instinkt, sich in die

scheinbare Sicherheit seiner Nationalität zurückzuziehen, zu Menschen „die aussehen wie wir und sich so anhören“. Doch das sei trügerisch und bringe Menschen wegen unterschiedlicher Religion, Überzeugung oder unterschiedlichen Aussehens gegeneinander auf, warnte Obama.

Was die Wirtschaft betrifft, so sei es kein Wunder, dass Menschen gegen die Globalisierung auf die Straße gingen, wenn es dabei „zu wenige Gewinner und zu viele Verlierer“ gibt. USA und EU hätten die Pflicht, sich für gerechte wirtschaftliche Chancen für alle einzusetzen. Doch sei dafür weltweite Zusammenarbeit nötig. Etwa um die globalen Banken- und Finanzsysteme so zu reformieren, dass Exzesse wie in der jüngsten Weltwirtschaftskrise sich nicht wiederholen könnten.

„Wir müssen Handel und Investitionen, die Arbeitsplätze schaffen, weiter ausweiten, so

Internationale Normen durchsetzen

EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström hofft, dass ein TTIP-Abkommen EU-Exporteuren das doppelte Testen ihrer Produkte erspart. Das bringe bei ähnlichen Standards oft wenig Zusatznutzen und sei Zeit- und Geldverschwendung, sagte sie. Die EU will auch erreichen, dass die USA über TTIP mehr internationale Produktnormen wie ISO oder IEC anerkennen.

wie wir das zwischen den USA und der EU anstreben“, sagte Obama. Er warb in Hannover nachdrücklich dafür, die Verhandlungen über das geplante transatlantische Freihandelsabkommen TTIP voranzutreiben. Ähnlich äußerte sich Bundeskanzlerin Angela Merkel. TTIP sei gut für die deutsche und die europäische Wirtschaft. Und wenn die Wirtschaftsmächte USA und EU durch TTIP gemeinsame Handelsstandards setzen, werde es für andere Länder „sehr schwer, dahinter zurückzubleiben“, sagte Merkel. Die Europäer würden keine Abstriche von ihren Umwelt-, Verbraucherschutz- oder Sozialstandards machen. „Alles was in Europa als Norm gilt, ist gesichert“, bekräftigte Merkel.

Chancen von TTIP nutzen

In Hannover beschrieb EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström bei einer Veranstaltung des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbauer, was ein ambitioniertes TTIP-Abkommen einer der wichtigsten deutschen Exportbranchen bringen könnte. Zunächst einen Abbau noch bestehender Exportzölle. Wichtiger könnte laut Malmström noch sein, dass die Amerikaner EU-Maschinenbauern fairere Chancen eröffneten, bei öffentlichen Aufträgen in den USA zum Zuge zu kommen. Und schließlich könne eine Angleichung von Normen 5 bis 20 Prozent Kosten sparen, sagte Malmström (siehe Kasten). (frh) >

▮ *Obama auf der Hannover-Messe*

„Europa erleben“ – vom Straßenfest bis zur Multimediaschau



Am 9. Mai 1950 hielt der damalige französische Außenminister Robert Schuman in Paris eine folgenreiche Rede. In ihr beschrieb er eine Vision einer neuen Art der politischen Zusammenarbeit in Europa – einer Zusammenarbeit, die weitere Kriege zwischen den europäischen Staaten unvorstellbar machen sollte. Schuman schlug vor, die kriegswichtige Kohle- und Stahlproduktion gemeinsam zu verwalten. Seine Vision wurde schon bald in der Montanunion Wirklichkeit – der Grundstein der heutigen EU war gelegt. Als Erinnerung wird der 9. Mai seit 1986 als Europatag in den EU-Staaten gefeiert.

> Auch in Deutschland gibt es an und rund um diesen Tag zahlreiche Veranstaltungen zur europäischen Integration. Die Vertretung der EU-Kommission in Deutschland organisiert etliche dieser Aktionen. So verwandelt sie etwa am **6. und 7. Mai** gemeinsam mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin und dem Informationsbüro des Europäischen Parlaments in Deutschland das Berliner Rathaus in das „RATHAUS EUROPA“. Rund 250 Bürgerinnen und Bürger, die ursprünglich aus einem anderen EU-Mitgliedstaat stammen, erzählen ihre eigene Migrationsgeschichte und reden über ihre Visionen für die Zukunft Europas.

Termine in Ihrer Nähe

Hier einige weitere Veranstaltungen zur Europawoche. Noch mehr Termine finden Sie auf Seite 7.

- | | |
|----------------|---|
| 3. Mai | Diskussionsveranstaltung „Wohin steuert Europa? Europäische Antworten und Perspektiven“, Kassel |
| 7. Mai | „60 Jahre Städtepartnerschaft Augsburg – Inverness“, Augsburg |
| 12. Mai | „Zuhause in Europa – gemeinsam in Frieden leben“, Freiburg |
| 12. Mai | Bürgerrundfahrt „Europa in Kaiserslautern entdecken“, Kaiserslautern |
| 14. Mai | Eröffnungsfeier der Ausstellung „Erlebnis Europa“ für Bürger, Berlin |

Ehrenamtliches Engagement wird gewürdigt

Ebenfalls gemeinsam mit dem Land Berlin vergibt die Kommissionsvertretung am **9. Mai** zum zweiten Mal „Blaue Bären“. Mit ihnen werden beispielhafte Berliner Initiativen und Personen ausgezeichnet, die sich ehrenamtlich für das Zusammenwachsen Europas eingesetzt haben. Nominiert werden die Preisträger durch das Berliner Netzwerk Europa. Auch anderswo werden Menschen geehrt, die sich ehrenamtlich für grenzüberschreitende Verständigung einsetzen. In Brandenburg etwa durch die Verleihung von „Europaurkunden“ am **4. Mai** in Schwedt/Oder. In Bayern gibt es Europaurkunden für Schulen oder Schulklassen, die sich durch ein besonderes „europäisches Profil“ oder Projekte mit Europa-Bezug hervorgetan haben.

Europa in die Schulen bringen

In Schulen gibt es rund um den Europatag ohnehin eine Menge Veranstaltungen. Außerdem besuchen viele Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker und auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der EU-Institutionen Schulen in Deutschland, um über Europa zu diskutieren. Die Kommissionsvertretung in München organisiert am **2. Mai** eine Podiumsdiskussion mit Schülern des Albert-Einstein-Gymnasiums im Prinz-Carl-Palais und am gleichen Abend eine weitere Podiumsdiskussion zur Eröffnung der Europawoche im Literaturhaus München.

In vielen deutschen Städten und Gemeinden wird es in der Europawoche Straßenfeste geben, in deren Rahmen über EU-Politik und Initiativen wie das Bildungsprogramm Erasmus+ infor-

miert wird. So findet etwa am **6. Mai** der „Europaaktionstag“ auf dem Schlossplatz Stuttgart statt, am **7. Mai** der „Bonner Europatag“, und am **13. Mai** wird der Europatag auf dem Münchner Marienplatz mit einem Kinder-, Jugend- und Familienprogramm und Diskussionen mit Europaabgeordneten gefeiert – auch dort sind die regionalen Vertretungen der EU-Kommission beteiligt, die Stadtverwaltungen und die Informationsbüros des Europaparlaments. In der Bonner Kommissionsvertretung wird am **4. Mai** das Theaterstück „EU only live twice“ aufgeführt, das sich um eine Europaabgeordnete und ihre Doppelgängerin dreht. Außerdem kann dort das neu eröffnete Infozentrum „Europa-Punkt“ besucht werden. Die Europawoche wird in Bonn am **30. April** mit einer Kleinkunstveranstaltung im LVR-LandesMuseum eröffnet.

Am **12. Mai** vergrößert sich das Angebot an EU-Informationen in Deutschland weiter. An diesem Tag wird das Europäische Haus in Berlin, in dem die deutschen Vertretungen von EU-Kommission und Europäischem Parlament ihren Sitz haben, nach Umbau neu eröffnet. Dann startet dort auch die neue Multimedia-Schau „Erlebnis Europa“, die den Besuchern Geschichte, Politik und Leben in der EU nahe bringt – etwa in einem 360-Grad-Kino. Zur Eröffnung werden EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, Bundeskanzlerin Angela Merkel und Martin Schulz, Präsident des Europaparlaments, erwartet. Für das Publikum öffnet „Erlebnis Europa“ am **13. Mai**. (frh) >

|| Vorhang auf für die Europawoche

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 02.05.2016 19.00 Uhr	„Flüchtlinge in Europa, Deutschland, Essen“ Podiumsdiskussion in der Europawoche 2016 Veranstalter: JEF Ruhrgebiet, VHS Essen und Europe Direct Essen	VHS Essen Am Burgplatz 1 45127 Essen	www.jef-nrw.de/termine
> 02.05.2016 19.00 Uhr	„Vorwärts in die Vergangenheit? Polen nach den Parlamentswahlen“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Heinrich Böll Stiftung Hessen	Haus am Dom Domplatz 3 60311 Frankfurt am Main	www.boell-hessen.de/vorwaerts-die-vergangenheit/
> 03.05.2016 18.00–20.00 Uhr	„Feierstunde zum Europatag“ Kultur- und Informationsveranstaltung Veranstalter: Europa Union Kreisverband Kaiserslautern, Volkshochschule Kaiserslautern, Europa Direkt Informationszentrum Kaiserslautern	Theodor-Zink-Museum Steinstraße 48 67657 Kaiserslautern	https://www3.kaiserslautern.de/wb/pages/posts/europatag--europaweiter-aktionstag-der-menschen-mit-behinderung3962.php?p=10
> 03.05.2016 18.00 Uhr	„45 Jahre Schwarzkopf-Stiftung – Zur Einigung Europas“ Vortrag und Diskussion mit Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble Veranstalter: Schwarzkopf-Stiftung	Allianz Forum Pariser Platz 6 10117 Berlin	http://schwarzkopf-stiftung.de/events/45-jahre-schwarzkopf-stiftung-zur-einigung-europas/
> 04.05.2016 18.00–20.00 Uhr	„Stimmungslage UK: In or Out?“ Vortrag und Diskussion Veranstalter: Schwarzkopf-Stiftung	Schwarzkopf-Stiftung Sophienstraße 28-29 10178 Berlin	http://schwarzkopf-stiftung.de/events/stimmungslage-uk-in-or-out/
> 04.05.2016 18.30 Uhr	„Europäische Perspektiven für den Westlichen Balkan. Zwischen Kulturen & Religionen, Vergangenheit & Zukunft“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Europe Direct Saarbrücken / Europäische Akademie Otzenhausen	Festsaal des Rathauses St. Johann Rathausplatz 66111 Saarbrücken	www.saarbruecken.de/de/rathaus/europe_direct_saarbruecken/veranstaltungen_und_aktionen
> 04.05.2016 19.00–21.30 Uhr	„Europas Grenzen: Wir müssen reden!“ Bürgerdialog zu Schengen, europäischen Freiheiten und Perspektiven der EU in der Flüchtlingskrise Veranstalter: Europa-Union Deutschland e.V.	Rathaus Augsburg Rathausplatz 2 86150 Augsburg	www.eud-buergerdialoge.de
> 08.05.2016 18.00 Uhr	„Der digitale Wandel als Chance für Europas Wirtschaft“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Europa-Union Niederbayern	Schloss Fürstenstein 94538 Passau	kobler@csu-passau.de
> 09.05.2016 14.00 Uhr	„Zwischen Südeuropa und Baden-Württemberg: Junge Auszubildende leben Europa“ Vortrags- und Diskussionsveranstaltung Veranstalter: CET – Center for European Trainees, Bildungswerk der Baden-Württembergischen Wirtschaft e. V., Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und Europe Direct Informationszentrum Stuttgart	dasCann Kegelenstraße 21 70372 Stuttgart	www.europe-direct-stuttgart.de
> 09.05.2016 18.00–20.00 Uhr	„Europäische Asylpolitik – Situation der Flüchtlinge in der Europäischen Union und vor Ort“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Europa-Union KV Südpfalz	Katholische Hochschulgemeinde Moltkestraße 9 76829 Landau	www.europatermine.de/termine/datum/2016/mai/9

IMPRESSUM



Vertretung in Deutschland

Herausgeber:**Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:**

Leitung: Richard Kühnel
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Frank Hütten, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski
MBI Martin Brückner Infocource GmbH & Co. KG • Gutleutstraße 89
• 60329 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infocource.de

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.

**Haftungsausschluss:**

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

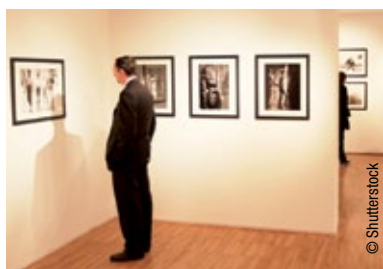
Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



FOTOAUSSTELLUNG „VIVA EUROPA VIVA“

Die Gemeinsamkeiten der Europäer sichtbar machen

Das Leben der Europäer hat sich in den vergangenen Jahrzehnten stark verändert und es verändert sich weiter. Momentaufnahmen davon hat der 1931 in Berlin geborene Fotograf Jürgen Schadeberg über die Jahre hinweg festgehalten. Eine Auswahl dieser Werke ist nun unter dem Titel „Viva Europa Viva“ als Fotoausstellung zu sehen. Schadeberg hat nicht versucht, historische Augenblicke oder Orte einzufangen, sondern er porträtiert Europa durch Blicke in die Augen der Menschen, auf ihre Feste, die Märkte, das Leben im Privaten wie im Öffentlichen.

Wenn man in Europa genauer hinschaut, „wird man sehen, was meine Photographien zeigen: Es gibt viel mehr Ähnlichkeiten als Unterschiede“, so Schadeberg. Die Ausstellung ist noch bis zum 5. Juni in Goch zu sehen, vom 1. Juli bis 5. September auf Sylt und vom 25. September bis 13. November in Überlingen.

■ [Fotoausstellung Jürgen Schadeberg](#)

INTEGRATION VON FLÜCHTLINGEN

EU unterstützt Projekte auch in Deutschland

Bei dem Bemühen, Flüchtlinge in die europäische Gesellschaft zu integrieren, können die Mitgliedstaaten auf die Hilfe der EU zählen. Verschiedene Wege der Unterstützung zeigt ein kurzer Film, den die Vertretung der EU-Kommission in Deutschland auf Youtube veröffentlicht hat. Dort wird unter anderem die „Euroschule“ in Potsdam vorgestellt, in der etwa 1.000 Flüchtlinge Deutschunterricht erhalten.



Sie wird aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert, in dem von 2014 bis 2020 für Deutschland 7,5 Mrd. Euro zur Verfügung stehen. Behörden vor Ort entscheiden über den Einsatz der Mittel. Die Euroschule könnte ohne die EU die Sprachkurse nicht anbieten, sagt die stellvertretende Schulleiterin Yvonne Klabuhn. Neben dem ESF zeigt der Film noch weitere EU-Fördermöglichkeiten für Integrationsprojekte auf, etwa den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF).

■ [Film der EU-Kommission zur Integration von Flüchtlingen](#)

EU-NACHBARSCHAFTSPOLITIK

Forschungsprojekt startet mit Konferenz in Berlin

Angesichts des Krieges in der Ukraine und der Spannungen mit Russland wollen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus elf europäischen Forschungseinrichtungen die EU-Nachbarschaftspolitik neu bewerten. In dem Projekt „EU-STRAT“, das von Mai 2016 bis April 2019 laufen soll, wollen sie untersuchen, ob Assoziierungsabkommen mit der EU und andere Instrumente, wie etwa wissenschaftliche Zusammenarbeit, die Reformprozesse in den östlichen EU-Nachbarstaaten effektiv unterstützen. Ziel ist es auch, Szenarien für die mögliche Entwicklung dieser Länder und Empfehlungen für die Politik zu entwerfen.

Den Auftakt des über das EU-Forschungsprogramm „Horizont 2020“ finanziell geförderten Projekts bilden eine Podiumsdiskussion und eine Konferenz vom 8. bis 10. Juni in Berlin. Die dortige Freie Universität koordiniert das Projekt. Bei der Konferenz können Wissenschaftler und die Öffentlichkeit Forschungsfragen und die Agenda von „EU-STRAT“ diskutieren.

■ [Projekt Nachbarschaftspolitik](#)

ROAMINGKOSTEN FÜR HANDYGESPRÄCHE

Nächste Preisdeckelung tritt am 30. April in Kraft

Die Roaming-Aufschläge, die Telefonanbieter für die Nutzung von Handys und Smartphones im EU-Ausland verlangen dürfen, werden weiter beschränkt. Am 30. April tritt die nächste Stufe der EU-Preisdeckelung in Kraft. Dann dürfen für getätigte Anrufe nur noch maximal 5 Cents pro Minute in Rechnung gestellt werden, zusätzlich zum jeweils geltenden Preis für Inlandsgespräche. Für ankommende Gespräche ist der Zuschlag auf 1,14 Cents pro Minute, für gesendete SMS-Nachrichten auf 2 Cents und für das Herunterladen von Daten auf 5 Cents pro Megabyte limitiert – jeweils ohne Mehrwertsteuer. Inklusive der Inlandsgebühren dürfen die Preise höchstens so hoch liegen wie zur Zeit.

Seit 2007 werden die Roamingpreise in der EU gedeckelt und sind seitdem laut Kommission um über 80 Prozent gefallen. Ab dem 15. Juni 2017 verschwinden die Roamingzuschläge dann ganz. Allerdings soll es eine Obergrenze für die zuschlagsfreie Handynutzung geben, die noch festgelegt werden muss.

■ [Neue Roamingkosten ab Ende April](#)